55. Jahrgang. № 174. Sonntag, 25. Juni 1911.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Im Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Feinschmecker in **Zigaretten** bevorzugen stets
In eleganten Emaille-Blechdosen. **PALL-MALL** Von 3 Pfg. aufwärts. Nur an Wiederverkäufer. Fabrik „Sultan", Breslau II.

RAUM KUNST
Wer sein Heim nach künstlerisch. Grundsätzen individuell ausstatten will, wende sich an die
Raumkunst
Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.
Eigene Fabrikation von in Material und Arbeit mustergültigen bürgerlichen Gebrauchsmöbeln künstlerischer Eigenart zu billigen Preisen.

aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht-
Lampen einfachster Art bis zu den **feinsten kunstgewerbl. Ausführungen**
:: in konkurrenzloser Auswahl. ::
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik,
Am See 16. Fernsprecher 1136.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Etwas kühler, veränderlich.

Die türkische Studienkommission wurde gestern abend im Rathaus-Festsaale vom Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Beutler willkommen geheißen.

Die städtischen Kollegien verliehen dem Geh. Hofrat Professor Dr. Wallot die goldene Ehrendenkmünze der Stadt Dresden.

Auf Einladung des Deutschen Kaisers wird der türkische Thronfolger nach Berlin kommen.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Lindequist wird seine Reise nach Südwestafrika im Oktober d. J. antreten.

Das kirchliche Spruchkollegium erklärte eine fernere Wirksamkeit des Pfarrers Jatho-Köln innerhalb der Landeskirche für unzulässig.

Der neue deutsch-japanische Handels- und Schiffahrtsvertrag ist unterzeichnet worden.

Vor dem englischen Königspaar fand im Hafen von Portsmouth eine internationale Flottenrevue statt.

Ein sozialistischer Hampelmann

war Herr Monis, der am Freitag gestürzte radikale Ministerpräsident der dritten französischen Republik. Wie Herr Jaurès, der Sozialistenführer, an dem in seiner Hand gehaltenen Bindfaden zog, so bewegte Herr Monis gehorsam die Glieder und war in jeder Hinsicht der Partei des Umsturzes gefällig. Die völlige Abhängigkeit des Nachfolgers Briands von den Sozialrevolutionären trat besonders drastisch in der Frage der Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahnangestellten und bei den sonstigen mit dem Eisenbahnerausstande zusammenhängenden gesetzgeberischen Maßnahmen in die Erscheinung. Herrn Monis' Verhalten gegenüber den Eisenbahngesellschaften, wie es von dem Drucke der sozialistischen Machthaber geregelt wurde, war derartig, daß man geradezu sagen muß, er habe sich bei dieser Gelegenheit den geschworenen Feinden jedweder Autorität mit Haut und Haaren verschrieben. Herr Briand war aus anderem Holze geschnitzt. Der hatte in seiner praktischen Regierungstätigkeit wenigstens so viel gelernt, daß ohne Autorität im Staate schlechterdings nichts zu machen ist, und daß daher die Stärkung aller autoritativen Kräfte gegenüber den Elementen der revolutionären Verneinung eine der obersten Aufgaben jedes verantwortlichen Staatsmannes bilden muß. Getreu dieser in einem folgerichtigen Entwicklungsgange von links nach rechts gewonnenen Erkenntnis setzte er nicht nur seinen ehemaligen sozialrevolutionären Gesinnungsgenossen bei jeder öffentlichen Ausschreitung scharf den Daumen aufs Auge, sondern er ging ihnen auch in der Verwaltung und Gesetzgebung mit anerkennenswerter Energie zu Leibe. So vertrat er auch mit allem Nachdruck den Standpunkt, daß die wegen ihrer Beteiligung am Ausstande gemaßregelten Eisenbahnangestellten um der Disziplin in den Verkehrsbetrieben willen keineswegs allgemein wieder aufgenommen werden dürften, sondern daß höchstens in einzelnen Fällen beim Vorliegen mildernder Umstände Gnade vor Recht gehen könnte. Desgleichen beharrte er bei der grundsätzlichen Ordnung der Ausstandsfrage unnachsichtlich auf seinem Schein und lehnte es rundweg ab, den Eisenbahnangestellten das Streikrecht zuzubilligen. Herr Monis dagegen fiel wieder ganz auf die Seite der Sozialrevolutionäre und erklärte sich nicht nur mit der Verleihung des Streikrechts an die Eisenbahnangestellten einverstanden — die pro forma geforderten Kautelen gegen Mißbrauch haben in der Praxis gar keine Bedeutung, wenn einmal das prinzipielle Zugeständnis gemacht wird —, sondern unternahm auch gegen die Eisenbahngesellschaften im Interesse des Sozialismus einen Vorstoß, der in der Geschichte bürgerlicher Regierungen einfach seinesgleichen sucht. Man denke! Der radikale Ministerpräsident, der die Staatsgewalt der bürgerlichen republikanischen Demokratie vertritt, tritt in großer Pose vor die Kammer hin und fordert von ihr kategorisch eine Resolution des Inhalts, daß die Regierung an die Eisenbahngesellschaften das Verlangen richten solle, die wegen des Ausstandes entlassenen Angestellten wieder einzustellen. Herr Monis wartet also nicht die Initiative der Kammer ruhig ab, sondern brennt so sehr vor Begierde, den Sozialisten seine Ergebenheit zu beweisen, daß er selbst die Kammer zum schärfsten Vorgehen anspornt, um dann, mit dem auf solche Weise zustandegebrachten parlamentarischen „Befehl" in der Hand, gegen die Eisenbahngesellschaften vorzugehen und ihnen die Pistole auf die Brust zu setzen. Die Antwort der Gesellschaften auf die unerhörte Zumutung, alle aufsässigen Elemente unbesehen wieder in Dienst zu nehmen, war sehr ruhig und würdig. Sie besagte im wesentlichen, daß die Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Regierung ihre natürliche Grenze finden müsse an der Rücksicht auf den Schutz der Autorität und auf die Sicherheit des Betriebes. Darauf versetzte sich Herr Monis in einen künstlichen, ihm von sozialistischer Seite suggerierten Zorn und erklärte, daß er vom Parlament „Waffen" gegen die „unbotmäßigen" Eisenbahngesellschaften verlangen werde. Also nicht die Verächter von Recht und Gesetz, von Disziplin, Zucht und Ordnung sollen zur Raison gebracht werden, sondern diejenigen, gegen die sich die revolutionäre Hetze mit ihrer den gesamten öffentlichen Verkehr bedrohenden Spitze richtet! Was bleibt bei einer solcher Politik noch von bürgerlichen, staatserhaltenden Gesichtspunkten übrig? Rein gar nichts! Herr Monis war tatsächlich nichts weiter als ein Schrittmacher der sozialen Revolution.

Wenn der staatserhaltende Gedanke in der heutigen französischen Republik überhaupt noch irgendwelche lebendige Kraft besäße, so hätten solche grundstürzenden sozialrevolutionären Ausschreitungen, wie sie sich Herr Monis hat zuschulden kommen lassen, für sich allein mehr als hinreichend sein müssen, um ihn von der Bildfläche durch einen Sturm der Entrüstung hinwegzufegen. Auf der verhängnisvollen Bahn aber, auf der sich die innere französische Politik befindet, bilden sozialistische Experimente schon längst kein ernsthaftes Hemmnis mehr für die leitenden Staatsmänner. Auch Herr Monis säße deswegen noch ganz gemächlich auf dem Ministersessel, wenn er nicht in einem anderen Punkte, in dem die öffentliche Meinung Frankreichs sehr empfindlich ist, die Fühlung mit der Mehrheit des Parlaments verloren hätte. Die Armee ist bekanntlich für die überwältigende Mehrheit der Franzosen immer noch der gemeinsame Mittelpunkt, um den sich alle Patrioten scharen, und bis zu dem der sozialrevolutionäre Zersetzungsprozeß, den die dritte Republik durchmacht, von vereinzelten Ausläufern abgesehen, noch nicht durchgedrungen ist. Natürlich kann man es den Offizieren nicht verdenken, wenn sie sich von dem autoritäts- und disziplinlosen Treiben der Republikaner und Sozialisten aufs höchste angewidert fühlen und sich deshalb zum größten Teil offen oder geheim zum Royalismus oder Bonapartismus bekennen. Die republikanischen Machthaber kennen diese Zustände und Stimmungen sehr genau und fürchten daher immer von der Armee einen Staatsstreich, ganz besonders für den Fall eines Krieges. Aus diesen Verhältnissen ist es zu erklären, daß der Kriegsminister Goiran, als jüngst im Senat die Frage des einheitlichen Oberbefehls im Kriege erörtert wurde, sich mit Eifer für eine parlamentarische Heeresführung ins Zeug legte. Er werde sich hüten, so äußerte er, nach Eintritt einer Mobilmachung allein die Verantwortung zu übernehmen oder sie einem Generalissimus zu übertragen; vielmehr sei es der Ministerrat, dem dann nach wie vor die oberste Entscheidung zustehe.

Dieser Standpunkt des Kriegsministers erregte nicht nur im Senat selbst lebhaften Widerspruch, sondern ging auch den strammsten Kammerrepublikanern dermaßen wider den patriotischen Strich, daß sie darüber eine Interpellation einbrachten, in deren Verlaufe sich so viel Zündstoff ansammelte, daß sich schließlich nur für die einfache Tagesordnung eine Mehrheit zusammenfand. Damit erklärte aber der Justizminister Perrier, der den Ministerpräsidenten vertrat, sich in einer so ernsten Angelegenheit nicht zufrieden geben zu können. Er bestand vielmehr auf einer ausdrücklichen Vertrauenskundgebung, und da diese abgelehnt wurde, so kam das Kabinett Monis zu Fall. Die Sozialisten suchen ihren gefügigen Interessenvertreter aus der Klemme zu ziehen, indem sie behaupten, der Minister Perrier habe voreilig gehandelt, da Herr Monis mit der einfachen Tagesordnung einverstanden gewesen wäre. Auf diese Weise soll es dem Kabinettschef möglich gemacht werden, die Neubildung des Kabinetts wieder zu übernehmen. Es erscheint indessen sehr fraglich, ob eine solche Lösung der Krise möglich ist, die auf jeden Fall eine Bankerotterklärung der politischen Intelligenz der Republik bedeuten würde. Noch niemals hat ein in ähnlicher Weise wie beim Ministerium Monis auf die dürftigste Mittelmäßigkeit zugeschnittenes Kabinett das republikanische Frankreich regiert, und wenn der Eindruck dieser Regierung von lauter Nullen, mit Ausnahme von Delcassé, verwischt werden soll, so darf der folgende Kabinettschef keinesfalls wieder den Namen Monis tragen. Dazu kommt, daß die ganze Lage eine wirkliche Kraft an der Spitze der Geschäfte dringend erfordert; eine Kraft, die nicht nur den Sozialisten ein Paroli zu bieten, sondern auch die immer brennender sich gestaltende Wahlreformfrage zu lösen versteht, die bereits in die jetzige Krise ihre Schlagschatten geworfen und einen Teil der gegen den „Proporz" gerichteten Radikalen veranlaßt hat, von der für die Verhältniswahl eintretenden Regierung abzuschwenken. Bei dem augenfälligen Mangel an brauchbaren politischen Intelligenzen, der sich zurzeit in Frankreich fühlbar macht, darf man auf den Chef der nächsten Regierung wirklich gespannt sein. Daß ein Kabinett Delcassé zustande kommen könnte, erscheint durchaus nicht ausgeschlossen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 24. Juni.

Der Kaiser in Kiel.

Kiel. Der Kaiser hörte vormittags den Vortrag des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, nahm später einige Besichtigungen vor und begab sich um 1 Uhr an Bord der „Louisiana", um einer Einladung des Admirals Badger zur Frühstückstafel zu folgen.

Aus dem Arbeitsplan des preußischen Landtages.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Tagesordnung für das Abgeordnetenhaus am Montag ist recht reichhaltig. Sie enthält den Rest der noch zu verabschiedenden Vorlagen, darunter auch die beiden Zweckverbandsgesetze und die Rheinische Landgemeindeordnung. Ferner stehen auf der Tagesordnung Anträge über Gewährung staatlicher Unterstützung an die durch Hagelwetter im Weinbaugebiete der Nahe geschädigten Bewohner. Ueber die Vervollständigung der Geschäftsordnung und über die Schaffung eines norddeutschen Naturschutzparkes, sowie über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes, betr. die Konsumvereine, und von den freisinnigen Wahlrechtsanträgen steht nichts auf der Tagesordnung, die, da das Haus gestern beschlußunfähig war, vom Präsidenten selbständig festgesetzt wurde.

Die preußischen Landtagsabgeordneten in Posen.

Posen. Um 11 Uhr vormittags fand ein von der Ausstellung dargebotenes Frühstück für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses im Turmrestaurant der Ostdeutschen Ausstellung statt. Nach dem Frühstück wurde die Besichtigung der Ausstellung fortgesetzt. Um 4 Uhr wurde der Kaffee vor der Geweihausstellung eingenommen. Daran schloß sich eine Rundfahrt durch die Stadt und eine Besichtigung des Festsaales im Residenzschlosse.

Die Privatbeamten-Versicherung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Siebener-Kommission des Hauptausschusses für die Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten hat heute getagt, um zu dem Gesetzentwurfe wegen der Angestellten-Versicherung Stellung zu nehmen. Man sah in dem Entwurfe nach wie vor eine brauchbare Grundlage für die Schaffung des Gesetzes, dessen baldige Verabschiedung im Reichstage erstrebt werden müsse. Die Angestellten erwarten, daß der Reichstag die Beratung sofort nach seinem Zusammentritt vornehmen und den Wünschen des Hauptausschusses, soweit sie in dem Entwurfe noch nicht verwirklicht sind, Geltung verschaffen wird.

Reisepläne des Fürsten Bülow.

Berlin. (Priv.-Tel.) Fürst und Fürstin Bülow haben Rom Mitte Juni verlassen, um sich zunächst zur Mutter der Fürstin nach Bologna zu begeben. Gegenwärtig weilen Fürst und Fürstin in Bern, von wo sie sich zum Besuche des Grafen Vitzthum von Eckstädt nach Schloß Lichtenwalde i. Sa. zu begeben beabsichtigen. Dann werden sie einige Tage in Flottbek a. E. verleben und wie in jedem Jahre, so auch diesmal, gegen den 10. Juli zu mehrmonatigem Sommeraufenthalt in Norderney eintreffen.

Krematorien in Preußen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die preußische Regierung beabsichtigt, einem Breslauer Blatt zufolge, Krematorien vorläufig nur in den großen Städten zu genehmigen, und will auf Grund des Zweckverbandsgesetzes dahin wirken, daß auch die den großen Städten benachbarten Vororte von den Einrichtungen der zu errichtenden Krematorien Gebrauch machen können.

Deutscher Rundflug.

Hannover. Vollmöller ist 3 Uhr 34 Min. in Hannover gelandet. Er ist 3 Uhr 5 Min. von einer Notlandungsstelle im großen Moor bei Ehlershausen aufgestiegen, nachdem er einen kleinen Motorschaden, den er erlitten, repariert hatte. Bei seiner Ankunft in Hannover war nicht mehr viel Publikum anwesend. Die Getreuen, die seit dem Morgen ausgeharrt hatten, bereiteten ihm einen enthusiastischen Empfang.